

Stand: 18.04.2024 21:49:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/11881

"Keine Schneekanonen auf Kosten der Steuerzahler"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/11881 vom 15.03.2012
2. Plenarprotokoll Nr. 97 vom 15.03.2012
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/12979 des WI vom 21.06.2012
4. Beschluss des Plenums 16/13130 vom 04.07.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 04.07.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Keine Schneekanonen auf Kosten der Steuerzahler

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sämtliche Förderlinien dahingehend zu ändern, dass für Beschneiungsanlagen künftig keine staatlichen Subventionen mehr gezahlt werden dürfen.

Begründung:

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat im Jahr 2007 die Auswirkungen des Klimawandels für den Wintertourismus in den europäischen Alpen untersucht. Die Studie kommt zu folgendem Ergebnis: „Die Auswirkungen des Klimawandels sind in den einzelnen Alpenländern recht unterschiedlich. Am stärksten wäre Deutschland betroffen, wo eine Erwärmung um nur 1°C zu einer Abnahme der Zahl der snowsicheren Skigebiete um 60 Prozent führen könnte (im Vergleich zu ihrer derzeitigen Zahl). Bei einer Erwärmung um 4°C wäre in Deutschland so gut wie kein Skigebiet mehr snowsicher.“ Der Temperaturanstieg in den Alpen ist noch erheblich höher als im globalen Mittel. In der OECD-Studie heißt es hierzu: „Die Alpen sind besonders anfällig für den Klimawandel, und die Erwärmung fiel dort in jüngster Zeit ungefähr dreimal so stark aus wie im weltweiten Durchschnitt.“ In einer aktuellen Studie des Umweltministeriums und der IHK Bayern mit dem Titel „Folgen des Klimawandels“ heißt es hierzu: „Besonders in Lagen bis 1.500 Meter nimmt die Snowsicherheit dramatisch ab. [...] Höhere Lagen werden in Zukunft stärker nachgefragt, während kleinere und tiefer gelegene Skigebiete immer mehr Kunden verlieren. Skifahren wird viel teurer, und etablierte Markenbegriffe, wie z.B. „Snowbayern“, wird es nicht mehr geben.“ Trotz dieser eindeutigen Sachlage subventioniert die Staatsregierung die Aufrüstung mit Schneekanonen auch noch auf Kosten der Steuerzahler. Allein seit 2009 sind mehr als 11,7 Mio. Euro an öffentlichen Geldern aus Bayern für künstliche Beschneiungsanlagen geflossen (Stand Dezember 2011). Für die Skigebiete Sudelfeld, Oberaudorf, Mitterdorf sowie am Buron liegen bereits weitere Förderanträge vor. Im lediglich auf 800 bis 1.500 Metern Höhe liegenden Sudelfeld sind bis zu 250 Schneekanonen, ein 175.000 Kubikmeter Wasser fassender Speicherteich sowie Schneileitungen mit einer Länge von 17 Kilometern geplant. Anlässlich der Vorstellung der Studie „Folgen des Klimawandels“ durch Staatsminister Dr. Huber schreibt die Süddeutsche Zeitung: „Umweltminister Dr. Marcel Huber (CSU) ist auf Distanz zu den millionenschweren Förderprogrammen des Freistaats für den Ausbau von Skigebieten gegangen. Angesichts des Klimawandels müsse man „ein Fragezeichen“ hinter Projekte machen, wie sie am oberbayerischen Sudelfeld laufen, sagte Huber am Freitag in München. Das müsse auch Folgen für die Förderpraxis haben.“ Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt den Staatsminister in dieser Forderung und spricht sich für die Abschaffung staatlicher Subventionen für Beschneiungsanlagen aus. Im Rahmen der Verhandlungen im Landtag bezüglich der Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hatten seinerzeit sowohl die Staatsregierung als auch der damalige CSU-Wirtschaftssprecher Franz Josef Pschierer zugesagt, dass die künstliche Beschneiung von Skipisten nicht länger staatlich gefördert werde. Durch die Subventionen schafft die Staatsregierung sogar einen Anreiz dafür, vermehrt auf teure sowie umwelt- und klimaschädliche Schneekanonen zu setzen. Volkswirtschaftlich richtig wäre das Gegenteil: Gefördert und unterstützt werden sollten Gemeinden, die ihr Tourismus-Konzept auf umwelt- und klimafreundliche Angebote umstellen.

merksam machen, die ich für eminent wichtig erachte. Wir dürfen hier im Parlament nicht den Eindruck erwecken, als ob der Landtag plötzlich imstande wäre, in die Unternehmensführung einzugreifen oder möglicherweise Unternehmen zu führen. Das darf nicht unser Ansatz sein.

(Beifall bei der CSU - Angelika Weikert (SPD): Das hat ja keiner gesagt!)

- Liebe Kollegin, der Ansatz, den Sie haben, ist doch, draußen zu vermitteln: Wir, die SPD, retten Arbeitsplätze. - Aber darum kann es nicht gehen. Vielmehr geht es darum, dass die Staatsregierung bisher alles unternommen hat, um, wie bereits gesagt, Gespräche zu führen und die Rahmenbedingungen zu schaffen, die erforderlich sind. Aber wir sind doch nicht für das Missmanagement bei Schlecker verantwortlich.

Eines muss man sich ganz klar vor Augen halten: Tatsache ist, dass ein Unternehmen durch Missmanagement in erhebliche Schwierigkeiten geraten ist. Es kann und darf aber nicht Aufgabe des Staates sein, auf einmal zu meinen, er sei der bessere Unternehmer. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren. Auch die FREIEN WÄHLER müssten zustimmen, dass dies so ist; denn auch Sie sind Unternehmer. Es kann doch nicht staatliches Handeln sein, dass wir hier im Landtag möglicherweise die guten Unternehmer spielen. Das ist auch marktwirtschaftlich nicht in Ordnung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Weikert, richtig ist: Auch wir sind wegen der Situation dieser Mitarbeiter betroffen. Wir sind betroffen, dass ein Unternehmen in dieser Form gehandelt hat. Aber wir können es nun einmal nicht ändern. Es ist uns leider nicht möglich, das zu ändern.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herzlichen Dank, Herr Kollege. - Jetzt hat sich noch einmal Herr Kollege Sackmann zu Wort gemeldet. Ich buche Sie jetzt auf das Zeitkonto der CSU, weil Sie von dort kommen. Das ist aber kein Problem. Bitte schön.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur deutlich machen: Der Ministerpräsident hat einen Brief bekommen. Er ist an unser Haus gegangen, weil wir dafür zuständig sind. Unser Haus hat erste verlässliche Zahlen über Schließungen usw. am 13. bekommen. Wir haben am 14., also am Tag darauf, gestern, mit Verdi - -

(Angelika Weikert (SPD): Gestern?)

- Gestern.

(Angelika Weikert (SPD): Da haben Sie unseren Antrag schon gehabt!)

Am 13. haben wir die Zahlen über die Schließungen bekommen. Am 14. sind wir mit Verdi ins Gespräch gekommen. Heute ist der 15. Schneller können wir nicht reagieren; schneller konnte es nicht gehen. Damit es schnell geht, haben wir gebeten, dass unser Amtschef diese Gespräche führt, aber in ganz enger Anknüpfung an die Ministerin und mich.

Beifall bei der CSU

(Angelika Weikert (SPD): Der Hilferuf kam vor zwei Wochen!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Dringlichkeitsantrag.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/11866 der SPD-Fraktion seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/11867 bis 11869, 11871 und 11872 sowie 11880 bis 11882 werden in die federführenden zuständigen Ausschüsse überwiesen.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 5:

Bestellung eines neuen Mitglieds und eines neuen stellvertretenden Mitglieds der Datenschutzkommission

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mitgeteilt, dass sie an die Stelle des Kollegen Florian Streibl Herrn Kollegen Alexander Muthmann als neues Mitglied der Datenschutzkommission vorschlägt. Für dessen bisherige Funktion als stellvertretendes Mitglied wurde Herr Kollege Manfred Pointner neu benannt.

Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass hierzu keine Aussprache stattfindet und über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden kann. Wer mit der Bestellung der beiden Kollegen einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist dann einstimmig so beschlossen.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner,
Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 16/11881

Keine Schneekanonen auf Kosten der Steuerzahler

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Thomas Beyer**
Mitberichterstatter: **Eberhard Rotter**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 64. Sitzung am 19. April 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 169. Sitzung am 22. Mai 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 72. Sitzung am 21. Juni 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner, Sabine Dittmar, Natascha Kohnen, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/11881, 16/12979

Keine Schneekanonen auf Kosten der Steuerzahler

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 5)

Ausgenommen von der Abstimmung ist, wie ich schon angedeutet habe, die Nummer 23 der Anlage zur Tagesordnung, über die auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in namentlicher Abstimmung abgestimmt werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 5)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Keine. Somit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts Erster Senat - Der Vorsitzende - vom 19. April 2012 (1 BvR 458/10) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Dezember 2009 BVerwG 6 B 35.09,
 - b) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 7. April 2009 10 BV 08.1494,
 - c) das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts München vom 12. März 2008 M 18 K 07.2274,
 - d) den Widerspruchsbescheid der Regierung von Oberbayern vom 23. Mai 2007 10-2172-2-07,
 - e) den Bescheid der Landeshauptstadt München vom 3. April 2007 KVR-I/321AG2 – PII/G-1320/10-5Drs. 16/12940 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

- I. Der Landtag gibt im Verfahren eine Stellungnahme ab.
- II. Die Verfassungsbeschwerde ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Prof. Dr. Winfried Bausback bestimmt.

CSU
☒

SPD
☒

FREIE WÄHLER
☒

GRÜ
☒

FDP
☒

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. Mai 2012 (Vf. 4-VII-12) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans Nr. 159 „Krippenhaus zwischen Birken- und Eulenweg“ der Gemeinde Vaterstetten vom 1. März 2012
PII/G-1310/12-5
Drs. 16/12939 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

3. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD
Karrierespektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs:
Aufhebung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz
Drs. 16/11056, 16/12776 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

4. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD
Karrierespektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs:
Juniorprofessur stärken
Drs. 16/11058, 16/12777 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

5. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD
Karrierespektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs:
Vereinbarkeit von Beruf und Familie für den wissenschaftlichen Nachwuchs
Drs. 16/11060, 16/12778 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Arbeit des Forschungsverbundes FORPLANTA
Drs. 16/11165, 16/12983 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Inge Aures, Susann Biedefeld u.a. SPD
Voraussetzung zur Errichtung einer Hochschule in Marktrechwitz
Drs. 16/11168, 16/12779 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

8. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD
Karrierperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs
Vereinbarungen zum Ausbau des Tenure Tracks
Drs. 16/11644, 16/12780 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

9. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp u.a. SPD
Karrierperspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs
Unbefristete Position für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
Drs. 16/11645, 16/12781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Hochschule, Forschung und Kultur

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

10. Antrag der Abgeordneten Christa Steiger, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert u.a. SPD
Keine Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderungen im SGB II
Rasche Überprüfung der Regelbedarfsstufe 3
Drs. 16/11727, 16/12796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

11. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Suchtgefahren an Geldspielautomaten eindämmen
Drs. 16/11811, 16/12974 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein staatliches Geld für Schneekanonen am Sudelfeld
Drs. 16/11868, 16/12978 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Keine Schneekanonen auf Kosten der Steuerzahler
Drs. 16/11881, 16/12979 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Europaregion Alpen
Drs. 16/11883, 16/12976 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

15. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Rechtsextremisten im „Sudetendeutschen Bildungszentrum Heiligenhof“
Drs. 16/11884, 16/12795 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☒	☐

16. Antrag der Abgeordneten Annemarie Biechl u.a. CSU,
Dr. Andreas Fischer, Dietrich Freiherr von Gumpenberg, Prof. Dr. Georg Barfuß
und Fraktion (FDP)
Novelle der Bundesverordnung zum Hauswirtschafter/zur Hauswirtschafterin
Drs. 16/11974, 16/12967 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

17. Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Annette Karl, Horst Arnold u.a. SPD
Reform der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) in Bayern - 2. Runde
Drs. 16/12136, 16/12797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

18. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u.a. und Fraktion (SPD)
Vollzug des Waffenrechts
Drs. 16/12137, 16/12874 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Beeinflussung des Bürgerentscheids über die geplante 3. Startbahn am Flughafen München durch die Flughafen München GmbH (FMG)
Drs. 16/12197, 16/12869 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

20. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)
Ermittlungen wegen der Morde der rechtsterroristischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ in Bayern
Drs. 16/12201, 16/12875 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

21. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Sabine Dittmar, Maria Noichl u.a. und Fraktion (SPD)
Keine erneute „ausnahmsweise“ Zulassung des Pflanzenschutzmittels „Santana“ mit dem Wirkstoff Clothianidin
Drs. 16/12207, 16/12968 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

22. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Manfred Pointner u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kein Engagement durch staatliche Institutionen beim Bürgerbegehren über die 3. Start- und Landebahn am Flughafen München
Drs. 16/12212, 16/12934 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	FDP
☐	☒	☐	☐	☐

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zukunftsinvestition Hochschulen: Bayern braucht ein erweitertes, langfristiges Ausbauprogramm
Drs. 16/12328, 16/12814 (E) [X]

über den Antrag wird gesondert abgestimmt